



Nur 19 Tage nach der Wahl präsentierte die Landesregierung mit dem „Zukunftsplan Burgenland 2030“ ihr Arbeitsprogramm s. 6,7

GVV fordert strukturelle Entlastung der Gemeinden:
Neue Bundesregierung muss rasch ins Handeln kommen und Maßnahmen setzen S. 3

GVV Präsident Erich Trummer und sein Team wünschen ein frohes und besinnliches Osterfest!

Bedarfszuweisungen: Kritik des Landesrechnungshofes an den Bedarfszuweisungen des Landes hält den Fakten nicht stand Seite 5

Klartext!

Bgm. Erich Trummer
Präsident GVV
Burgenland

Stabilität und Sicherheit!

**Sehr geschätzte Bürgermeisterinnen, sehr geschätzte Bürgermeister!
Liebe Gemeindevertreterinnen, liebe Gemeindevertreter!**

Das Burgenland zeigt vor, dass Stabilität und Sicherheit wichtig sind und die Burgenländerinnen und Burgenländer haben nur 19 Tage nach der Landtagswahl wieder eine funktionierende Regierung unter sozialdemokratischer Führung erhalten. Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und sein Team sind weiterhin federführende Reformkraft, in den nächsten Jahren mit den Grünen als Regierungspartner. Damit kann und muss auch die erforderliche Reformarbeit für die Gemeinden sofort losgehen.

Nach über 150 Tagen Gezerre um eine Bundesregierung, konnte mit der schwarz-rot-pinken Kompromissfähigkeit zumindest dem blauschwarzen Umbauplan unserer bewährten II. Republik die rote Karte gezeigt werden.

Die Herausforderungen durch die Versäumnisse im Bund sind riesig und es ist daher für die Menschen und die Gemeinden besonders wichtig, dass sofort kommunale Hilfspakete und Strukturverbesserungen von der neuen Bundesregierung angepackt werden. Wir als Gemeindevertreterverband haben jedenfalls wesentlich weitreichendere Forderungen in die Regierungsverhandlungen eingebracht, als nun im Regierungsprogramm enthalten sind. Wir werden deshalb die neue Bundesregierung weiter auf dringende sowie wirksame Maßnahmen für die Gemeinden drängen und sie an den Taten messen.

Aber auch im Burgenland muss umgehend der burgenländische Reformprozess für verbesserte kommunale Rahmenbedingungen intensiviert werden! Wir haben deshalb schon vor der Regierungsbildung umfassende Reformvorschläge eingebracht. Die rasche Verbesserung der finanziellen Situation der Gemeinden und nachhaltige Strukturreformen wurden in einem konkreten Maßnahmenkatalog genauso dokumentiert, wie Vorschläge für Bürokratieabbau und verbesserte Rahmenbedingungen für die vielen GemeindevandamentarInnen.

Viele dieser Punkte, wie zum Beispiel die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit, eine verstärkte Kooperation Land, Landesholding und Gemeinden, um Kosten in den Gemeinden deutlich zu reduzieren, wurden in das neue Regierungsprogramm aufgenommen. Auch die Veto-Festlegung des Landes für den nächsten Finanzausgleich zur Verstärkung der jahrelangen GVW-Forderung „Jeder Bürger muss gleich viel wert sein“, um die Benachteiligung der burgenländischen Gemeinden bei den Bundessteuerertragsanteilen wettzumachen, entspricht unseren Vorstellungen. Der GVW Burgenland begrüßt dies sowie auch die geplanten weiteren strukturellen Gemeindeentlastungen im „Zukunftsplan Burgenland 2030“ und steht für konstruktive Verhandlungen bereit. Freilich müssen wir gemeinsam im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses auch viele weitere Themen weiterverfolgen, die wir auf unserer Reformagenda stehen haben!

In diesem Sinn bedanke ich mich für die Zusammenarbeit sowie Unterstützung und wünsche euch schon jetzt ein zuversichtliches Osterfest für eine erfolgreiche Zukunft in unseren Gemeinden!

Mit besten Grüßen
Euer Erich Trummer

GVV Burgenland: neue Bundesregierung muss die Gemeinden entlasten

Der GVV Burgenland fordert erneut eine strukturelle Entlastung für die Gemeinden. Von der Opposition im Land erwartet sich der GVV die Aufgabe der Blockadepolitik gegen das Entlastungspaket des Landes.

Laut der aktuellen Gemeindefinanzprognose des KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) stehen die österreichischen Gemeinden vor massiven Herausforderungen. Der Fiskalrat schätzt den gesamtstaatlichen Konsolidierungsbedarf für 2025 auf mindestens 4,4 Milliarden Euro. Die Europäische Kommission geht von einem noch höheren Betrag aus. „Aufgrund von Steuerreformen ohne Gegenfinanzierung und einer abgeschwächten Konjunktur wachsen die Ausgaben der Gemeinden schneller als die Einnahmen“, mahnt GVV Präsident Bgm. Erich Trummer. Zusätzliche Aufgaben in Bereichen wie Klimaschutz, Kinderbetreuung und Soziales verschärfen diese Situation. Die Prognose geht davon aus, dass die Liquidität der Städte und Gemeinden weiter abnimmt. Für 2025 wird erwartet, dass rund 45 % der Gemeinden in Österreich ihre laufenden Ausgaben nicht mehr aus eigener Kraft decken können, mit steigender Tendenz.

„Die angespannte finanzielle Lage der Gemeinden muss dringend spürbar verbessert werden. Der Bund muss unmittelbar auflagenfreie Mittel für die Liquiditätssicherung bereitstellen und mittelfristig die Gemeinden strukturell entlasten, um drohende Leis-

tungskürzungen der Gemeinden abzuwenden. Umso mehr ist es begrüßenswert, dass das Land Burgenland mit LH Hans Peter Doskozil bereits vor rund einem Jahr für den Bund in die Bresche gesprungen ist und ein Angebot für die Gemeinden auf den Tisch gelegt hat“, so Trummer. Vorgesehen war unter anderem die Erhöhung der Personalförderung für Kindergärten und Krippen, um den stark steigenden Personalbedarf abzufedern. Parallel dazu hätte die Übernahme des Burgenländischen Müllverbands in Landesverantwortung ein wirtschaftliches Gegengewicht dargestellt. Die Annahme des Pakets ist an der ÖVP und der dafür notwendigen Zweidrittelmehrheit im Landtag gescheitert.

Wie vor der Landtagswahl angekündigt, wird Landeshauptmann Hans Peter Doskozil die Gespräche mit den Gemeindeverbänden über strukturelle Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Kommunen fortsetzen. Schließlich haben ja bereits 85 Gemeinden - über die Parteigrenzen hinweg - das Landesangebot mit Gemeinderatsbeschluss bestätigt. Dazu fand am 25. März ein weiterer Gemeinde-Gipfel statt. „Der GVV Burgenland begrüßt die abermalige Einladung des Landeshauptmanns zu weiteren sachlichen Gesprächen. Das Angebot des Landes Burgenland wäre eine immense Unterstützung für die Gemeinden und ist mit einer Wertsicherung und durchschnittlich rund 125 Euro pro Einwohner in Österreich beispiellos.“

WIR GRATULIEREN

Der GVV Burgenland wünscht alles Gute zum Geburtstag!

BGM.

Richard FRANK

Klingenbach

50

VZBGM.ⁱⁿ

Anna SIPÖTZ

Illmitz

60



Landesamtsdirektor Mag. Ronald Reiter feierte im Jänner seinen 50. Geburtstag. GVV Präsident Erich Trummer gratulierte dem Jubilar und stellte sich gemeinsam mit GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold mit einem kleinen Geschenk ein.

Foto: GVV Burgenland

GVV Präsidiumsmitglied Bürgermeister Richard Frank (Klingenbach) feierte vor Kurzem seinen 50. Geburtstag. Unter den zahlreichen Gratulanten waren auch GVV Präsident Erich Trummer und die GVV Geschäftsführer Herbert Marhold und Parick Hafner, die dem Jubilar ein kleines Geschenk.



Foto: GVV Burgenland

Zur Sache!

**Liebe Gemeindevertreterinnen!
Liebe Gemeindevertreter!**



Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer

Das Fehlen einer Bundesregierung oder eine langwierige Regierungsbildung, wie wir sie in Österreich erleben durften, kann erhebliche Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden haben, insbesondere in den Bereichen Finanzen, Förderungen und Planungssicherheit. Viele kommunale Projekte sind auf Förderungen des Bundes angewiesen – sei es für Infrastruktur, den öffentlichen Nahverkehr oder den Klimaschutz. Ohne eine handlungsfähige Regierung bleiben neue Förderprogramme oft blockiert, und bereits geplante Mittel könnten nicht wie vorgesehen ausgezahlt werden. Kommunen müssen außerdem langfristig planen, insbesondere für Investitionen in Schulen, Straßen oder Krankenhäuser.

Ohne eine politisch zusammengesetzte Bundesregierung gibt es jedoch keine verlässlichen Vorgaben fürs Bundesbudget, was zu Unsicherheit führt. Wenn der Bund beispielsweise Schlüsselzuweisungen nicht rechtzeitig beschließt, müssen Kommunen Projekte verschieben oder streichen. Wichtige Reformen, die Kommunen betreffen – etwa im Bereich der Wohnungsbaupolitik, Digitalisierung oder Verwaltungsmodernisierung – kommen ebenfalls ohne eine funktionierende Bundesregierung nicht voran. Dadurch können dringend notwendige Anpassungen im Rechtsrahmen ausbleiben, die etwa Planungsverfahren vereinfachen oder die Finanzierung kommunaler Aufgaben neu regeln sollen.

Ein wichtiger Punkt ist auch der eingeschränkte Handlungsspielraum für Länder, Städte und Gemeinden. Zwar haben die Bundesländer gewisse Kompetenzen, doch viele kommunale Aufgaben hängen von bundespolitischen Entscheidungen ab. Ohne klare politische Vorgaben oder finanzielle Unterstützung des Bundes geraten Länder und Kommunen in die Zwickmühle: Sie können entweder auf eigene Faust handeln (was finanziell riskant ist) oder wichtige Projekte auf unbestimmte Zeit aufschieben. Schlimm ist – wie wir das ja in Österreich erleben mussten – der enorme Vertrauensverlust in die Politik. Lange Phasen politischer Unsicherheit unterminieren das Vertrauen der Bürger in die Handlungsfähigkeit von Staat und Verwaltung. Wenn Kommunen aufgrund fehlender Bundesentscheidungen keine Lösungen für lokale Probleme anbieten können, wächst auch die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Daher ist eine solche Phase der politischen Sedisvakanz für alle Gebietskörperschaften schlecht. Auch wenn Gemeinden grundsätzlich weiterarbeiten können, hat das Fehlen einer Bundesregierung spürbare negative Folgen. Finanzierungsunsicherheiten, ausbleibende Reformen und blockierte Fördermittel erschweren den Handlungsspielraum erheblich. Eine schnelle Regierungsbildung ist daher nicht nur für die Bundesebene selbst wichtig, sondern auch für die Stabilität der kommunalen Verwaltung und die Lebensqualität der Bürger vor Ort.

Mag. Herbert Marhold
1. Landesgeschäftsführer

Oberwart hat viel Geld für den neuen, im Bau befindlichen Schulcampus (im Bild) erhalten und in Eisenstadt, wie Oberwart ÖVP-geführt, wurden ebenfalls viele Sonderbedarfsmittel für den Schulcampus zugesagt



Foto: GVV Burgenland

LRH-Kritik an Bedarfszuweisungen des Landes nicht nachvollziehbar

Auf Unverständnis stößt die Kritik des Landesrechnungshofes an den Bedarfszuweisungen des Landes. GVV Präsident Erich Trummer: „Natürlich haben jene Gemeinden, die auch große Projekte zur Unterstützung vorgelegt haben, mehr Mittel bekommen. Das ist auch logisch. Hier eine Verteilung nach Parteizugehörigkeit zu unterstellen, hält den Fakten nicht stand.“

Der Landesrechnungshof prüfte Bedarfszuweisungen an Gemeinden in den Jahren 2021 - 2023. Die Burgenländische Landesregierung hat alleine im Vorjahr einen Betrag von insgesamt 82 Millionen Euro an Gemeinden für Infrastruktur- und Bauprojekte ausgeschüttet, nicht eingerechnet sind dabei Programme wie das Schul- und Kindergartenbau- oder das Feuerwehrprogramm. GVV Burgenland Präsident Erich Trummer: „Das Land hat somit mit wesentlich mehr Bedarfszuweisungsmitteln unterstützt, als über den Finanzausgleich vorgesehen sind. Wesentlich ist jedenfalls die Gesamtschau und was für die Gemeinden seitens des Landes getan wurde. Hier zeigt sich ein sachlich schlüssiges Bild!“

Fakt ist, dass zum überwiegenden Teil die Bedarfszuweisungsmittel aus dem Finanzausgleich nach strengen Richtlinien an die Gemeinden für Projekte vergeben werden, die vom Landeshauptmann und den Gemeindevertreterverbänden vor Jahren gemeinsam erarbeitet wurden. Daraus folgt, dass natürlich jene Gemeinden, die auch große Projekte zur Unterstützung vorgelegt haben, dementsprechend mehr Mittel be-

kommen. Erich Trummer dazu: „Auch hier ist klar zu sagen, dass natürlich Unterschiede bestehen, die auch logisch sind. Gerade Oberwart hat beispielsweise als ÖVP-geführte Gemeinden sehr viel Geld für den neuen Schulcampus erhalten und in Eisenstadt, ebenfalls ÖVP-geführt, wurden ebenfalls Sonderbedarfsmittel für den Schulcampus zugesagt! Hier eine Verteilung nach Parteizugehörigkeit zu unterstellen, hält den Fakten nicht stand. Bei der Verteilung von Bedarfszuweisungsmitteln nach Landesteilen muss man auch berücksichtigen, dass hier kleine und strukturschwache Gemeinden besondere Unterstützung brauchen.“

Nicht in die Überprüfung des LRH fielen viele Infrastrukturprojekte wie zum Beispiel bei Bildung und Kinderbetreuung oder im Feuerwehrwesen, die ohne Bedarfszuweisungen gerade in dieser herausfordernden Zeit seitens des Landes besonders gefördert wurden. Trummer: „Man muss sich eben alle Förderungen in Summe ansehen und muss bei parteipolitischer Betrachtung auch bedenken, dass im überprüften Zeitraum 2021 bis 2023 auch eine Gemeinderatswahl stattgefunden hat. Es gab dabei 2022 in etlichen Gemeinden auch einen politischen Wechsel an der Gemeindeg Spitze, die eine statistische Parteizuordnung verfälscht! Wir als Gemeindevertreter wissen über Parteigrenzen, dass wir mit dem Land einen guten Partner haben. In der Gesamtschau gesehen hilft kein Bundesland seinen Gemeinden mehr als das Burgenland.“



Burgenlandkarte wird auch bei der Landtagswahl 2025 neu geschrieben: Burgenland ist bis auf ein paar türkise Tupfen rot

Foto: ORF Burgenland

LT-Wahl: SPÖ in fast allen Gemeinden Erster

Am 19. Jänner feierte die SPÖ Burgenland mit Landeshauptmann Hans Peter Doskozil an der Spitze einen weiteren Wahlerfolg. Die SPÖ erreichte bei der Wahl mehr als 46% der Stimmen und 17 Mandate. Damit ist man in etwa doppelt so stark wie die zweitplatzierte FPÖ. Die ÖVP stürzte auf knapp 22% und acht Mandate ab. Die Wahlbeteiligung lag bei sensationellen 79%. GVV-Präsident Erich Trummer gratulierte in einer ersten Reaktion Landeshauptmann Doskozil zum Wahlsieg und bedankte sich bei allen Funktionärinnen und Funktionären auf kommunaler Ebene für ihren tollen Einsatz.

Auch die politische Landkarte im Burgenland wurde neu gezeichnet – die SPÖ erreichte in fast allen Gemeinden des Landes den ersten Platz, auch in der Landeshauptstadt Eisenstadt. Trummer dazu: „Das ist auch ein Auftrag für die kommenden Gemeinderatswahlen uns hier gut zu positionieren, um dieses Potenzial für die SPÖ auch in den jetzt noch ÖVP-dominierten Gemeinden zu heben!“

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil: „Dieses Ergebnis ist ein gemeinsamer Erfolg und Ausdruck des Vertrauens in eine Politik, die Stabilität, Sicherheit und Aufschwung für das Burgenland in den Mittelpunkt stellt. Ich bedanke mich bei allen, die uns auf diesem Weg unterstützt und begleitet haben!“

Landesregierung stellt Arbeitsprogramm vor

Nur eine Woche nach Beginn der Verhandlungen zwischen der SPÖ und den Grünen wurde Anfang Feber das Arbeitsprogramm der mittlerweile angelobten Burgenländischen Landesregierung präsentiert. Auf rund 135 Seiten haben SPÖ und Grüne ihren „Zukunftsplan Burgenland 2030“ festgehalten. Der GVV Burgenland begrüßt die schnelle Regierungsbildung im Burgenland, auch weil die Gemeinden rasche Maßnahmen brauchen. Viele Reformvorschläge des GVV Burgenland für die Gemeinden fanden Eingang in den „Zukunftsplan Burgenland 2030“.

Zu den Leuchtturmprojekten der neuen Koalition zählen unter anderem die Umsetzung der 71 Pflegestützpunkte und einer Pflegeeinrichtung für jede burgenländische Gemeinde, eine 5-Spitäler-Garantie inklu-

sive Klinik-Neubau in Gols, die Einrichtung dreier überbetrieblicher Lehrwerkstätten und eines Internationalisierungscen-ters für die Wirtschaft, eine eigenständige Asyl-Politik mit Obergrenze und gemeinnütziger Arbeit, die Implementierung einer Ehrenamts-Versicherung, ein eigenes Klimaschutzgesetz, mutiger Kurs Richtung Energieunabhängigkeit bis 2030 und Photovoltaik-Pflicht für neue Gewerbebauten sowie eine Bodenschutz-Offensive. Landeshauptmann Hans Peter Doskozil nannte den Zukunftsplan „ein ambitioniertes Pro-gramm, um die Lebensumstände der Burgenländerinnen und Burgenländer nachhal-tig zu verbessern, wachsenden Wohlstand im Land sicherzustellen und gemeinsam das Beste für das Burgenland zu erarbeiten.“ Die designierte Landeshauptmann-Stell-vertreterin Anja Haider-Wallner sieht im

Programm „mutige Vorhaben, von denen alle Burgenländerinnen und Burgenländer profitieren werden“.

„Zusammenhalt. Sicherheit. Nachhaltigkeit“ als Motto

SPÖ und Grüne haben ihr Regierungsprogramm im Burgenland unter das Motto „Zusammenhalt. Sicherheit. Nachhaltigkeit“ gestellt. In 30 Kapiteln werden die Projekte für die kommenden fünf Jahre aufgelistet - von Gesundheit und Pflege über Wirtschaft und Arbeitsmarkt bis hin zu Energie und Klimaschutz. Man wolle den „erfolgreichen, selbstbewussten und eigenständigen Weg im Interesse der burgenländischen Bevölkerung weiter gehen und qualitativ weiterentwickeln“, heißt es in der Präambel: „Wir verbinden Sicherheit und Stabilität mit Mut und neuen Ideen.“

Schwerpunkte im Detail

- Fortsetzung des Offensivkurses bei der Gesundheitsversorgung: Weitere Investitionen in alle fünf Klinikstandorte des Burgenlandes, um wohnortnahe Spitzenmedizin zu garantieren. Errichtung der Klinik Gols als Vorzeigeprojekt in Sachen Klimaschutz und ökologischer Bauweise am bereits fixierten Standort. Ausbildungsoffensive im Kampf gegen den Ärztemangel wird verstärkt, Pläne zur Etablierung einer Privat-Universität für Medizin im Landessüden vorange-trieben.

- Konsequente Realisierung aller 71 Pflegestützpunkte und Erweiterung des Modells; Stationäres Demenzzentrum in Rechnitz und erstes stationäres Hospiz in Oberpullendorf. Weiterführung des An-stellungsmodells für betreuende Ange-hörige und Vertrauenspersonen, die ge-setzlich verankerte Gemeinnützigkeit im Pflegebereich bleibt bestehen

- Klares Bekenntnis zu einer kon-sequenten Asyl- und Migrationspolitik: Obergrenze von max. 330 Plätzen in der Grundversorgung, gemeinnützige Arbeit für Asylwerbende mit einer symbolischen Abgeltung von 1,30 Euro pro Stunde.

- Zukunftsorientierte Jugendaus-bildung durch Lehrlingsoffensive: Ein-

richtung neuer überbetrieblicher Lehrwerkstätten in Stegersbach (Tourismus), Pinkafeld (Elektrotechnik) und Eisenstadt (Metalltechnik), um den Fachkräftebedarf langfristig abzudecken und qualifizierte Arbeitsplätze für junge Men-schen zu schaffen.

- Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes Burgenland: Ein neues In-ternationalisierungscen-ter in Zusamenarbeit mit der Wirtschaftskammer garantiert effektive Unterstützung heimi-scher Unternehmen bei der erfolgreichen Erschließung internationaler Märkte.

- Implementierung einer Ehrenamts-Versicherung

- Erarbeitung und Beschluss eines eigenen burgenländischen Klimaschutzgesetzes, das klare rechtliche Rahmenbedingungen für die Klimaneutralität 2030 bringt.

- Das „Projekt Tomorrow“, Öster-reichs größte Ausbauoffensive bei Er-neuerbarer Energie und neue Speicher-kapazitäten, sowie die erste landesweite Energiegemeinschaft, der „Fanclub Burgenland Unabhängig“

- Um bis 2030 von fossilen Ener-gieträgern unabhängig zu werden, wird die burgenländische PV-Ausbauoffen-

sive weiter vorangetrieben. So soll etwa eine Pflicht zur Errichtung von PV-An-lagen bei neuen Gewerbebauten und neuen Gewerbe-Parkplätzen eingeführt werden. Sozial gestaffelte Förderungen, insbesondere für Balkonkraftwerke, ma-chen Photovoltaik auch für einkommensschwache Haushalte leistbar. Windener-gie und Ladeinfrastruktur von E-Autos werden deutlich weiter ausgebaut.

- Beim Bodenschutz wird ein Modell einer Leerstandsabgabe für größere Ge-werbeimmobilien erarbeitet. Leerstands-und Flächenmanagement unterstützt die Gemeinden, Baulücken und Leerstände zu nützen. Eine Entsiegelungsprämie und ein Entsiegelungswettbewerb sollen Flä-chen für die Natur wieder nutzbar ma-chen.

- Installierung eines Tierschutzhauses im Südburgenland.

- Ausbau der Kulturoffensive: Schaf-fung eines neuen KUZ in Neusiedl am See unter Beachtung von geringem Bo-denverbrauch und Nachhaltigkeit.

- Starker Fokus auf Demokratie und Transparenz - wobei das Burgenland eine Vorreiterrolle für eine saubere Politik ein-nehmen und die österreichweit strengs-ten Regeln verankern wird.



Präsentierten das Arbeitsprogramm der Landesregierung: Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und LH-Stellvertreterin Anja Haider-Wallner
Foto: LMS Burgenland



Wollen gemeinsam die kommunale Reformagenda anpacken: Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und GVV Präsident Erich Trummer
Foto: GVV Burgenland

Reformvorschläge des GVV im Zukunftsplan 2030 enthalten

Nur 19 Tage nach der Wahl, fand die konstituierende Sitzung des Burgenländischen Landtags und die Wahl der Mitglieder der Landesregierung statt. „Das Burgenland zeigt vor, dass Stabilität und Sicherheit wichtig sind. Erforderliche Reformarbeit für die Gemeinden könnten damit sofort losgehen“, so GVV Präsident Erich Trummer. Auf Einladung von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil an die Gemeindevertreter hat der GVV Burgenland, als größte kommunale Interessensvertretung des Landes, schon vor der Regierungsbildung umfassende Reformvorschläge eingebracht. Viele dieser Punkte, wie zum Beispiel die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit, eine verstärkte Kooperation Land, Landesholding und Gemeinden (z.B.: Strukturreform der Standesamtsverbände oder gemeinsames Beschaffungswesen usw.), um Kosten in den Gemeinden deutlich zu reduzieren sowie die Veto-Festlegung des Landes für den nächsten Finanzausgleich zur Verstärkung der jahrelangen GVV-Forderung „Jeder Bürger muss gleich viel wert sein“, um die Benachteiligung der burgenländischen Gemeinden bei den Bundessteuerertragsanteilen wettzumachen, wurden in das neue Regierungsprogramm aufgenommen. „Der GVV Burgenland begrüßt die geplanten weiteren strukturellen Gemeindeentlastungen im Zukunftsplan und steht für konstruktive Verhandlungen, wie zum Beispiel die Übernahme von Gemeindestraßen und dem Müllverband in die Landesverantwortung, bereit“, erklärt Trummer. Als wichtiger Partner unterstützt Gemeindefeherent Landesrat Leonhard Schneemann die Gemeinden.

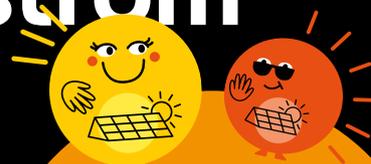
SonnenMax und SonnenMarie:

Produziere deinen eigenen Sonnenstrom

Ganz einfach mit unseren Photovoltaikanlagen SonnenMax und SonnenMarie.

Du hast bereits eine Photovoltaikanlage?

Dann hol dir deinen Batteriespeicher und sichere dir **1.000 € Rabatt*** auf SpeicherSiss!



Jetzt **1.000 Euro sparen!***

Rabattcode: **SONNE1000**

burgenlandenergie.at



* AKTION gültig von 1.3. bis 30.6.2025. Die vorherigen niedrigsten Preise in den letzten 30 Tagen vor Beginn dieser Aktion, Details und Aktionsbedingungen (durchgeführt durch BE Solution GmbH) findest du unter: www.burgenlandenergie.at/de/privat/sonnenmax-marie und www.burgenlandenergie.at/de/privat/speichersiss Rabatte sind nicht kombinierbar.

Baurecht - Neuerungen, Feinheiten in der Vollziehung

- 📅 29.04.2025, 08:30-16:30 Uhr | 📍 Pinkafeld
- 📅 20.05.2025, 08:30-16:30 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 🗨️ Mag. Eleonore Wayan, Rudolf Tschirk

Abrechnung von Bauakten

- 📅 27.03.2025, 08:30-12:00 Uhr | 📍 Pinkafeld
- 📅 10.04.2025, 08:30-12:00 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 🗨️ Gerhard Horwath, Jochen Krug

Burgenländische Kanalgesetze

- 📅 24.04.2025, 08:30-12:30 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 📅 25.06.2025, 08:30-12:30 Uhr | 📍 Pinkafeld
- 🗨️ Karl Aufner

Raumplanung in der Gemeinde: Grundlagen und Planungsinstrumente

- 📅 15.05.2025, 09:00-14:00 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 📅 22.05.2025, 09:00-14:00 Uhr | 📍 Pinkafeld
- 🗨️ Mag. Alexandra Fischbach, Mag. Lisa Gabriel

Verwaltungsverfahren nach dem AVG – Gesamtüberblick und Basiswissen

- 📅 29.04.2025, 08:30-16:30 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 🗨️ Mag. Dr. iur. Wolfgang Steiner

Informationsfreiheitsgesetz - IFG

- 📅 24.04.2025, 08:30-13:00 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 📅 06.05.2025, 08:30-13:00 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 📅 29.04.2025, 08:30-13:00 Uhr | 📍 Pinkafeld
- 📅 22.05.2025, 08:30-13:00 Uhr | 📍 Pinkafeld
- 🗨️ Mag. Dr. Barbara Zechmeister

Compliance Kompass für Gemeinden

- 📅 05.06.2025, 08:30-16:30 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 📅 12.06.2025, 08:30-16:30 Uhr | 📍 Pinkafeld
- 🗨️ Brigitte Slepicka, BA MA MA, Rudolf Turetschek, BA MSc und zwei Expert:innen des BAK

Die Grundsteuer - Basiswissen für Gemeinden; Einheitswertung Schnittstelle Grundsteuer

- 📅 09.04.2025, 08:30-16:30 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 📅 03.09.2025, 08:30-16:30 Uhr | 📍 Pinkafeld
- 🗨️ Maximilian Schuster, Waltraude Bauer-Eder, BA

Herausforderungen für Gemeinden in finanziell engen Zeiten

- 📅 29.04.2025, 16:30-20:30 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 📅 06.05.2025, 16:30-20:30 Uhr | 📍 Pinkafeld
- 📅 22.04.2025, 08:30-16:30 Uhr | 📍 Pinkafeld
- 📅 08.05.2025, 08:30-16:30 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 🗨️ Mag. Ruby Bogensberger, AR Judith Siber-Reiner, Mag. Cornelia Lichtenberger, Mag. Andrea Schläffer

Schulung für Gemeindegassiere

- 📅 26.05.2025, 17:00-20:00 Uhr | 📍 Pinkafeld
- 📅 02.06.2025, 17:00-20:00 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 🗨️ Peter Pohl

Sicheres Arbeiten im Bauhof

- 📅 28.05.2025, 08:30-16:30 Uhr | 📍 Pinkafeld
- 📅 12.06.2025, 08:30-16:30 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 🗨️ Ing. Mag. Wolfgang Vogl

Künstliche Intelligenz (KI) – Rechtliche Aspekte und Herausforderungen

- 📅 16.06.2025, 09:30-15:30 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 🗨️ Mag. Hans Lederer, Mag. Christoph Korab, BA

Künstliche Intelligenz in Gemeinden

- 📅 24.04.2025, 08:30-16:30 Uhr | 📍 Pinkafeld
- 📅 02.06.2025, 08:30-16:30 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 🗨️ Univ.Lekt. Christian Rupp

Innovative Texterstellung mit Generativer KI - Praxisanwendungen und Chancen

- 📅 05.05. und 06.05.2025, 08:30-16:30 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 🗨️ Mag. Andreas Wenth MSc und Mag. Petra Haumer

Künstliche Intelligenz - Chancen & Praxisanwendungen

- 📅 09.04.2025, 08:30-16:30 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 📅 04.06.2025, 08:30-16:30 Uhr | 📍 Pinkafeld
- 🗨️ Mag. Andreas Wenth, MSc

KI-gestützte Medienerstellung: Bilder, Videos und Präsentationen

- 📅 28.05.2025, 11:30-16:30 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 🗨️ Ronald Worgatsch BEd MED

Effiziente Texterstellung und -überarbeitung mit Künstlicher Intelligenz

- 📅 04.06.2025, 11:30-16:30 Uhr | 📍 Eisenstadt
- 🗨️ Daniel Payer BEd MED

Prompting: Effektive Kommunikation mit Künstlicher Intelligenz

- 📅 14.05.2025, 14:30-16:30 Uhr | 📍 Online
- 🗨️ Ronald Worgatsch BEd MED

KI-Chatbots erstellen und nutzen

- 📅 12.05.2025, 14:30-16:30 Uhr | 📍 Online
- 🗨️ Daniel Payer BEd MED

ID Austria. Eindeutige digitale Identität. Modern.sicher.Interoperabel

- 📅 13.05.2025, 10:00-12:00 Uhr | 📍 Online
- 📅 03.06.2025, 10:00-12:00 Uhr | 📍 Online
- 🗨️ Mag. Johannes Rund

Starkes, junges SPÖ-Team für die Zukunft – Viele GemeindevertreterInnen in wichtigen Positionen

Nach der erfolgreich geschlagenen Landtagswahl hat die SPÖ Burgenland ein Personalpaket geschnürt und ein starkes, junges Team für die Zukunft präsentiert. Das neue Team wurde heute in allen Parteigremien einstimmig beschlossen.

An der Spitze der burgenländischen Landesregierung steht weiterhin Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, der gemeinsam mit seinem bewährten Team, bestehend aus Landesrätin Daniela Winkler, Landesrat Heinrich Dorner und Landesrat Leonhard Schneemann, die politische Verantwortung für das Land trägt. Die Landeshauptmann-Stellvertreterin ist Anja Haider-Wallner von den Grünen Burgenland, dem neuen Regierungspartner der SPÖ. Astrid Eisenkopf hat das zweithöchste Amt des Landes übernommen und wird als Erste Landtagspräsidentin fungieren. Robert Hergovich, bisher Erster Landtagspräsident, fungiert als Klubvorsitzender aus dem SPÖ-Klub heraus als Koalitionskoordinator und soll sicherstellen, dass die Koalitionsarbeit zwischen Landes- und Landtagsebene optimal abgestimmt wird. Außerdem übernimmt er die Vertretung des Landes Burgenland im Ausschuss der Regionen (AdR) in Brüssel. Mit Mattersburgs Bürgermeisterin und Landtagsabgeordnete Claudia Schlager ist als Dritte Landtagspräsidentin eine weitere Gemeindevertreterin in einer wichtigen Funktion.

Neue Kräfte im Landtag

Die burgenländische Sozialdemokratie setzt auf eine starke Mischung aus Erfahrung und neuen Gesichtern. Neu im Landtag sind Christian Drobits, der als stellvertretender Klubobmann eine Schlüsselrolle übernommen hat. Stegersbachs Bürgermeister und Bezirksvorsitzender Jürgen Dolesch, Bürgermeister von Mühlgraben und Bezirksvorsitzender Fabio Halb, Schattendorfs Bür-

germeister und Bezirksvorsitzender Thomas Hoffmann und Jürgen Karall, Bürgermeister von Markt St. Martin, sind ebenfalls neu in den Landtag eingezogen.

Die neuen Bundesräte

Auch auf Bundesebene wird das Burgenland durch ein starkes Team vertreten. Bürgermeister von Oggau Thomas Schmid sowie Bürgermeister von Königsdorf und Bezirksvorsitzender Mario Trinkl werden als neue Bundesräte die Interessen des Landes im Bundesrat vertreten.

Erneuerung im Renner Institut Burgenland

Auch in der Bildungsarbeit der burgenländischen Sozialdemokratie gibt es eine Neustrukturierung: Die Funktion der Landesstellenleitung des Renner Instituts wird neu aufgeteilt. Antaus Vizebürgermeister Michael Strass übernimmt die Leitung für das Nordburgenland, die Vizebürgermeisterin von Großpetersdorf, Olivia Kaiser, für das Südburgenland. Damit wird ein junges, engagiertes Team an die Spitze gestellt, das die Nachwuchsarbeit innerhalb der Partei weiter vorantreiben wird.

Doskozil: „Mischung aus junger Dynamik und erfahrenen Kräften“

Die neue Legislaturperiode bringt eine Mischung aus Erfahrung und neuen, jungen Kräften in den burgenländischen Landtag. Landeshauptmann Doskozil: „Wir setzen daher auf eine gute Mischung aus erfahrenen Kräften und junger Dynamik. Mit diesem Team sind wir bestens gerüstet, um auch in Zukunft für die Burgenländerinnen und Burgenländer arbeiten zu können.“ GVV Präsident Trummer: „Die hohe Anzahl an GemeindevertreterInnen in hohen und höchsten Positionen zeigt die Bedeutung der Kommunalpolitik im Burgenland.“

Antaus VzbGm.
Michael Strass,
Leiter Renner
Institut Nordbur-
genland



VzbGm.ⁱⁿ Olivia
Kaiser, Groß-
petersdorf,
Leiterin Renner
Institut Südbur-
genland



Landtagsab-
geordneter
Mag. Chris-
tian
Drobits,
Rotenturm



Landtagsab-
geordneter
Bgm. Jürgen
Dolesch,
Stegersbach



Landtagsab-
geordneter
Bgm. Fabio
Halb, Mühl-
graben



Landtagsab-
geordneter
Bgm.
Thomas
Hoffmann,
Schattendorf



Landtagsab-
geordneter
Bgm. Jürgen
Karall,
Markt St.
Martin



Informationsfreiheit: Beratung und Seminare

Mit 1. September 2025 tritt das Informationsfreiheitsgesetz in Kraft. Dieses sieht neben der individuellen Informationspflicht auf Antrag auch eine proaktive Veröffentlichungspflicht von Informationen von allgemeinem Interesse vor, wobei Gemeinden unter 5.000 Einwohner von dieser proaktiven Veröffentlichungspflicht ausgenommen sind.

Von Seiten der kommunalen Spitzenverbände (Österreichischer Gemeindebund und Österreichischer Städtebund) werden, gemeinsam für alle Kommunen, eine Reihe an Unterstützungsmaßnahmen angeboten:

Der Österreichische Gemeindebund setzt den Schwerpunkt auf Schulungs- und Beratungsleistungen:

- Website www.ifg-gemeindeinfo.at
- Webinare (live und on demand)
- E-Learning-Tool zum IFG
- Anlaufstelle für rechtliche Fragen und laufend erweiterte FAQ
- Bereitstellung von Fachliteratur

Der Österreichischen Städtebundes legt den Fokus auf praxisnahe Tools zur technischen Umsetzung der Informationsfreiheit durch die Gemeindeverwaltung:

- IFG-Portal (Management-Plattform für freizugebende Informationen)
- IFG-Verfahren (Rechtsmittelverfahren beim Informationsbegehren)
- IFG-Anonymisierungstool
- IFG-Chatbot

Weiterführende Informationen auf www.ifg-gemeindeinfo.at.



Christoph Perlinger will die Gemeinde auf einen guten Kurs halten und für die Bevölkerung das Beste herausholen.

Foto: GVV Burgenland

St. Andrä am Zicksee – Christoph Perlinger SPÖ-Bürgermeisterkandidat!

Mit 1. März 2025 ist der amtierende Bürgermeister von St. Andrä am Zicksee, Michael Schmidt (SPÖ), von seinem Amt zurückgetreten. Dadurch werden vorzeitige Bürgermeisterwahlen notwendig.

Der Wahltermin steht noch nicht fest, vom Fristenlauf geht sich aber ein Termin vor dem Sommer noch aus. Die Gemeinderatsfraktion der SPÖ hat bereits aus ihren Reihen einen Spitzenkandidaten bestimmt. Christoph Perlinger (48) ist der Wunschkandidat der gesamten Fraktion. Mit seiner langjährigen politischen Erfahrung und seiner klaren Vision für die Zukunft der Gemeinde wird er sich der Wahl zum neuen Bürgermeister stellen.

Christoph Perlinger ist 1976 geboren und seit 2003 Mitglied des Gemeinderates. Er übernahm zwischen 2017 und 2019 das Amt des Vizebürgermeisters. Von 2016 bis 2022 leitete er die SPÖ-Ortspartei als Vorsitzender. Diese Erfahrung, gepaart mit seinem Engagement für die Gemeinde, machen ihn

zum geeigneten Kandidaten für das höchste Amt in St. Andrä am Zicksee. Unterstützt wurde Perlingers Nominierung durch die Bezirksspitze der SPÖ: Die Bezirksvorsitzenden NRBg. Bgm. Maximilian Köllner, LABg. Bgm. Kilian Brandstätter, SPÖ-Bezirksgeschäftsführer Fritz Radlspäc und GVV-Bezirksvorsitzenden Bgm. Gerhard Bachmann.

In einer ersten Stellungnahme als Bürgermeisterkandidat betont Christoph Perlinger: „Mir ist es ein Anliegen, mit allen Parteienvertretern und Menschen in St. Andrä am Zicksee offene und sachliche Gespräche zu führen. Um unsere Gemeinde weiter auf einem guten Kurs zu halten und für die Bevölkerung das Möglichste herauszuholen, habe ich mich zu diesem Schritt entschieden. Für die tolle Unterstützung meiner Fraktion bin ich dankbar. Entscheiden werden es aber die St. Andräer und St. Andräerinnen am Wahltag. Mit mir gibt es keine Experimente, aber die Sicherheit, dass ich unsere Gemeinde stabil in die Zukunft leiten werde.“

Rund 500 Besucher konnte der NÖ GVV bei seinem traditionellen Neujahrsempfang in der Stadthalle in Ybbs begrüßen. Das Burgenland war mit GVV Präsident und Gemeindebund-Vizepräsident Erich Trummer und Landesgeschäftsführer Herbert Marhold vertreten.
Foto: GVV Burgenland





Bundesvorstandssitzung GVV Österreich in Wien: Ende Februar fand in Wien die turnusmäßige Bundesvorstandssitzung des GVV Österreich statt. Der GVV Österreich ist die Vereinigung der sozialdemokratischen GemeindevertreterInnen Österreichs. Geleitet wurde die Sitzung von GVV Österreich Vorsitzendem Bgm. Andreas Kollross aus Trumau. Themen waren unter anderem die neue Bundesregierung sowie die Finanzsituation der Städte und Gemeinden österreichweit. Für den GVV Burgenland mit dabei waren die beiden Vizepräsidentinnen Renate Habetler und Ulrike Kitzinger sowie LGF Mag. Herbert Marhold. Diesmal auch dabei GVV-Präsident Erich Trummer in seiner neuen Funktion als SPÖ-Fraktionsvorsitzender und Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes. Der GVV Österreich wird sich verstärkt für ein Finanzpaket des Bundes einsetzen.

Foto: GVV Burgenland

Mehr Transparenz, mehr Sicherheit.

Ab 1. September 2025 sind Gemeinden – je nach Größe – zur entsprechenden Umsetzung des Informationsfreiheitsgesetzes verpflichtet. Dafür gibt es in jedem Fall umfangreiche Unterstützung, um handlungssicher zu sein.

Damit Sie und Ihr Team zeitgerecht auf die neuen Anforderungen vorbereitet sind.

ifg-gemeindeinfo.at

Informations freiheits gesetz



Österreichischer
Gemeindebund

Gefördert von
 Bundeskanzleramt



Verabschiedung von Gemeindebund Österreich Generalsekretär Dr. Walter Leiss: Im Rahmen einer Landesgeschäftsführersitzung aller Mitgliedsverbände des Österreichischen Gemeindebundes in Salzburg Ende Jänner wurde auch der Generalsekretär des Verbandes, Dr. Walter Leiss, im Rahmen eines gemeinsamen Mittagessens in die Pension verabschiedet. Leiss war mehr als zehn Jahre in dieser kommunalen Spitzenfunktion tätig. Sein Nachfolger ist der ehemalige Landesdirektor des Niederösterreichischen Gemeindebundes, Mag. Gerald Poyschl.

Foto: GVV Burgenland

Regierung NEU: Antrittsbesuche des GVV

Vor Kurzem hat die neu gebildete Burgenländische Landesregierung ihre Arbeit aufgenommen. Der GVV Burgenland setzt die bisher gepflegte gute Zusammenarbeit mit der Landesspitze fort. Die ersten Antrittsbesuche führten GVV Präsident Erich Trummer zum nun für die Gemeinden zuständigen Landesrat Leonhard Schneemann und zu Landeshauptmann-Stellvertreterin Anja Haider-Wallner von den Grünen.

Beim Besuch des GVV Burgenland Präsidenten Erich Trummer Mitte März beim neuen Gemeindeferenten Landesrat Dr. Leonhard Schneemann standen naturgemäß die Kommunen im Fokus der Gespräche. Präsentiert wurde Schneemann auch die große GVV Umfrage bei allen SPÖ BürgermeisterInnen und VizebürgermeisterInnen.

Bereits Ende Februar fand ein Antrittsbesuch bei Burgenlands neuer Landeshauptmannstellvertreterin, Anja Haider-Wallner, von den Grünen statt. Themen waren die Situation der Gemeinden, das neue Regierungsprogramm sowie die Dorferneuerung.

Intensive Gespräche beim Antrittsbesuch bei Gemeindeferent Landesrat Leonhard Schneemann

Foto: GVV Burgenland

GVV Präsident Erich Trummer besuchte Landeshauptmann-Stellvertreterin Anja Haider-Wallner in ihren Büroräumen im Landhaus in Eisenstadt um über eine künftige konstruktive Zusammenarbeit zu sprechen

Foto: GVV Burgenland



Sag's mit Drucksorten aus dem GVV-Shop

Ausgewählte gedruckte Kommunikationsmittel können in vielen Bereichen hilfreich sein. Drucksorten wie Billets können die eigene Tätigkeit und den Kontakt zur Bevölkerung maßgeblich positiv unterstützen. Der GVV unterstützt die SPÖ-Ortsorganisation und die Gemeindefachleute und bietet Drucksorten zu günstigen Konditionen in seinem Shop zum Kauf an.

Das Angebot an Billets im GVV-Shop ist auf die Bedürfnisse des kommunalen Bereiches zugeschnitten und deckt die wichtigsten Anlässe wie Geburtstag, Hochzeit, Silberne, Goldene und Diamantene Hochzeit, Geburt, Diplom, Ostern, Valentinstag, Teilnahme und einige mehr ab. Die Sujets sind ab Februar im GVV-Shop erhältlich.

Bestellbar unter www.gvbgld.at.

Der GVV-Shop bietet eine große Auswahl an Billets zu verschiedenen Anlässen wie „Geburt“ (rechts oben) oder „Geburtstag“ (rechts)
Fotos: GVV Burgenland



DIE BESTEN
GLÜCKWÜNSCHE



DIE BESTEN
GLÜCKWÜNSCHE



DIE BESTEN
GLÜCKWÜNSCHE

Auch anlässlich der Goldenen Hochzeit gibt es im GVV-Shop das passende Billet



DIE BESTEN
GLÜCKWÜNSCHE

Das Billet wurde passend zur Silbernen Hochzeit gestaltet

GR-Wahl in NÖ und Linz: Trummer gratuliert

„Mit dem tollen Erfolg bei der Stichwahl in Linz und den vielen tollen Einzelerfolgen bei der Gemeinderatswahl in Niederösterreich hat die SPÖ bewiesen, dass sie auf kommunaler Ebene ein wesentlicher Faktor ist“, bedankt sich SPÖ-Fraktionsvorsitzender und Gemeindebund Österreich Vizepräsident Erich Trummer bei allen SPÖ-FunktionärInnen für den Einsatz. Trummer gratuliert zunächst Dietmar Prammer zur Wahl zum neuen Bürgermeister der Stadt Linz: „Mit dieser Wahl bleibt die drittgrößte Stadt Österreichs fest in sozialdemokratischen Händen und ist bestens gerüstet, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern!“ Prammer wurde bei der Gemeinderatswahl am 26. Jänner 2025 mit überwältigender Mehrheit in der Stichwahl in Linz zum neuen Bürgermeister gewählt.

„Ich gratuliere allen GemeindevertreterInnen in Niederösterreich, die in ihren Gemeinden ein Plus an Mandaten haben und bedanke mich bei allen für ihren Einsatz auf kommunaler Ebene! Die SPÖ hat auch in Niederösterreich gezeigt, dass sozialdemokratische Politik wichtig und gefragt ist“, so Trummer, der 2024 zum Vizepräsidenten des Österreichischen Gemeindebundes gewählt wurde und auch die SPÖ-Fraktion ebendort anführt.



V.l.: Landesrat Heinrich Dorner, Regierungskordinator Robert Hergovich und Landeshauptmann Hans Peter Doskozil.
Foto: LMS Burgenland

Hergovich vertritt das Burgenland im Ausschuss der Regionen

Robert Hergovich vertritt künftig das Burgenland im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR). Das hat die Burgenländische Landesregierung in ihrer Sitzung beschlossen.

Hergovich wird damit Landesrat Heinrich Dorner nachfolgen, der bisher in Stellvertretung von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil das AdR-Mandat innehatte. Der AdR sei das „Sprachrohr“ der Regionen in Brüssel, da hier Vertreterinnen und Vertreter der regionalen Gebietskörperschaften –

also jene, die tagtäglich in direktem Kontakt mit der Bevölkerung stehen – eine offizielle Stimme in der EU haben, betont Doskozil: „Der AdR ist ein unverzichtbares Gremium, um regionale Interessen zu vertreten und europäische Impulse in die Regionen zu tragen.“ Robert Hergovich will „den Anliegen des Burgenlandes auf europäischer Ebene Gehör verschaffen und einen Beitrag zur Stärkung der Regionen leisten“. Um dies zu erreichen, soll die Zusammenarbeit mit anderen Regionen weiter ausgebaut werden, betont Hergovich.

Steuertipps für Mandatäre: Erstes Seminar in Oberwart.

Im Hotel Telegraph in Oberwart fand das erste Seminar „Steuroptimierung für kommunale Mandatärinnen und Mandatäre“ statt. Die Teilnehmenden erhielten wertvolle Tipps, um ihre Aufwandsentschädigungen steuerlich optimal zu gestalten. Veranstaltet wurde die Schulung vom GVV Burgenland, den SPÖ Frauen Burgenland und dem Renner Institut Burgenland. Fachlichen Input lieferten Andreas Schlögl, Geschäftsführer der BDO, und Vizebürgermeister Daniel Sommer. Die praxisnahe Vermittlung soll Mandatärinnen und Mandatären helfen, ihr Netto-Einkommen effizient zu steigern.
Foto: GVV Burgenland



Ausschuss der Regionen: Neues Mandat, starke kommunale Präsenz

Mitte Februar begann die neue fünfjährige Mandatsperiode des Ausschusses der Regionen. Mit der Budapester Vizebürgermeisterin Kata Tüttö steht nach langem wieder eine Frau an der Spitze des AdR.

Präsidentin Tüttö wird die nächsten zweieinhalb Jahre die Geschicke des Ausschusses der Regionen leiten, in der Fraktion der Europäischen Volkspartei übernimmt die finnische Lokalpolitikerin Sari Rautio die Führung und die Kuchler Vizebürgermeisterin Carmen Kiefer steht ihr dabei als Vizepräsidentin zur Seite.

Als positive Begleiterscheinung der neuen Regelung, paritätisch ins AdR-Präsidium zu nominieren, sind nun auch die Führungsgremien der (meisten) politischen Fraktionen nach dem Reißverschlussystem zusammengesetzt. Gesamt gesehen ist der AdR zwar noch weit entfernt von Geschlechter-

parität, doch werden die nominierenden Gebietskörperschaften regelmäßig daran erinnert, diese (freiwillig) zu berücksichtigen.

Die österreichische Delegation setzt sich auf kommunaler Seite zusammen aus Vizebürgermeisterin Carmen Kiefer, Bgm. Matthias Stadler, Bgm. Thomas Steiner (beide Städtebund) sowie Bürgermeisterin Bernadette Geieregger und GR Hannes Weninger als vom Gemeindebund nominierte Stellvertreter. Die Länder sind vertreten durch die Landeshauptleute Wallner (Delegationsleiter), Kaiser, Mattle, Mikl-Leitner, Doskozil und Ludwig sowie Landesräte Schnöll und Achleitner. Die Nominierung aus der Steiermark (LH-Stellvertreterin Khom) muss noch bestätigt werden. Landeshauptmann Hans Peter Doskozil wird durch den Klubvorsitzenden und Regierungskordinator Robert Hergovich vertreten.

Konsultation zum Vergaberecht

Bis 7. März konnte man sich an der öffentlichen Konsultation der EU-Kommission zur Revision der EU-Vergaberichtlinien beteiligen. Der Gemeindebund tat dies mit einem Positionspapier und Beantwortung des Fragebogens.

Die Revision des EU-Vergaberechts zählt zu den inhaltlichen Prioritäten der nächsten

Jahre. In der aktuellen Phase, dem Konsultationsstadium, ist es daher wichtig, Stimmen aus der Praxis Gehör zu verschaffen. Der Gemeindebund verweist u.a. auf die Notwendigkeit einer wesentlichen Vereinfachung des Vergaberechts, einer signifikanten Erhöhung der EU-Schwellenwerte und die Ausnahme der interkommunalen Zusammenarbeit vom Vergaberegime.

Wolf: Senkung des Schutzstatus

Mit Verstreichen der dreimonatigen Wartefrist im Rahmen der Berner Konvention trat Anfang März die Senkung des Schutzstatus für den Wolf in Kraft. Zeitgleich legte die EU-Kommission einen Vorschlag zur Anpassung der FFH-Richtlinie vor.

Am 7. März wurde der Wolf im Rahmen der Berner Konvention von „streng geschützt“ auf „geschützt“ herabgestuft. Nur drei Vertragsparteien (Tschechien, Vereinigtes Königreich und Monaco) haben dagegen berufen, weshalb die Herabstufung unmittelbar

nach Fristablauf in Kraft treten konnte.

Die EU-Kommission hat ihrerseits am 7. März einen Vorschlag zur Anpassung der Anhänge IV und V der Habitat-Richtlinie vorgelegt, um den Mitgliedstaaten im Rahmen des EU-Rechts mehr Spielraum beim Wolfsmanagement einzuräumen. Dieser Vorschlag durchläuft jetzt das ordentliche Gesetzgebungsverfahren, weshalb der aktuelle Schutzstatus jedenfalls bis zum Abschluss des Verfahrens und der Veröffentlichung der neuen Regelung im EU-Amtsblatt aufrecht bleibt.



Verpackungsabfallverordnung in Kraft getreten

Am 11. Februar trat die revidierte EU-Verpackungs- und Verpackungsabfallverordnung in Kraft. Damit soll nicht nur Verpackungsabfall reduziert, sondern auch Recycling und Wiederverwendung forciert werden. Die Verordnung ist außerdem einer von 50 sektoriellen Rechtsakten mit vergaberechtlichen Verpflichtungen. Alle Arten von Verpackung müssen recyclingfähig sein, die genauen technischen Vorgaben dazu sind aber noch festzulegen. Die Mitgliedstaaten – und somit in letzter Konsequenz die kommunale Abfallwirtschaft – müssen die Sammel- und Sortierinfrastruktur kontinuierlich anpassen um auch innovative Verpackungen zu erfassen.

Ab 2030 trifft Erzeuger und Importeure die Pflicht, Verpackungen auf das absolut notwendige Mindestmaß zu reduzieren, wovon ausdrücklich auch das Leerraumverhältnis von Verpackungen im Onlinehandel erfasst wird. Bis 2040 sollen sich Verpackungsabfälle so um 15% verringern.

Die öffentliche Hand muss im Rahmen des Vergaberechts zur Erreichung dieses Ziels beitragen. Gem. Art. 63 soll sie bei der Beschaffung von Verpackungen oder verpackten Produkten bzw. bei Dienstleistungen und Bauaufträgen, bei denen verpackte Produkte verwendet werden, Mindestanforderungen für die Verpackungen festlegen. Dass dies gerade für kommunale Auftraggeber einen unverhältnismäßig großen Aufwand bedeutet, steht außer Frage.



SPÖ Frauen Burgenland und GVV Burgenland luden zum traditionellen Neujahrsfrühstück ein. Anfang Jänner fand das traditionelle Neujahrsfrühstück der SPÖ Frauen Burgenland für alle engagierten SPÖ Frauen und Funktionärinnen statt. Auch der GVV Burgenland war, wie in den letzten Jahren, mit an Bord, da sehr viele SPÖ Frauen auch engagierte Kommunalpolitikerinnen sind. Die Veranstaltung, die diesmal in Neufeld stattfand, ist einerseits ein Dankeschön für den großartigen Einsatz unserer Funktionärinnen, andererseits bietet diese Zusammenkunft die Möglichkeit, auf das vergangene Jahr und die Themen, die behandelt wurden, zurückzublicken und einen Ausblick ins kommende Jahr zu werfen und ist zugleich auch eine Gelegenheit zur Vernetzung und zum Austausch. Als Ehrengast mit dabei war Landeshauptmann Hans Peter Doskozil. Für den Gemeindevertreterverband Burgenland waren mit dabei die GVV Vizepräsidentinnen Bgm. Renate Habetler und Bgm. Ulrike Kitzinger sowie die GVV Präsidiumsmitglieder Bgm. Andrea Reichl und Hausherr Bgm. Michael Lampel sowie LGF Mag. Herbert Marhold. Foto: GVV Burgenland



Von links: GVV Österreich Bundesgeschäftsführer Martin Giefing, GVV Burgenland Präsident Bgm. Erich Trummer, Steiermarks GVV Vorsitzender Bgm. Mario Abl und Präsident Bgm. Günther Vallant aus Kärnten
Foto: GVV Burgenland

Wahlauftritt des GVV Steiermark

Im Rahmen einer Konferenz der steierischen SPÖ-GemeindevertreterInnen Ende Jänner in Gratkorn wurde auch der offizielle Wahlauftritt zur Bürgermeister- und Gemeinderatswahl Ende März begangen. Vor vollem Haus referierte der steierische SPÖ-Vorsitzende Max Lercher sowie Steiermarks GVV Vorsitzender Bgm. Mario Abl aus Trofaiach. Für den GVV Österreich mit dabei waren Bundesgeschäftsführer Martin Giefing aus Neudörfel, aus Kärnten Präsident Bgm. Günther Vallant sowie der Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes, GVV Burgenland Präsident Bgm. Erich Trummer. Außerdem mit dabei, GVV Burgenland Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold, der ab 2025 auch die SPÖ-Fraktion im Österreichischen Gemeindebund als Fraktionsgeschäftsführer koordiniert.

I M P R E S S U M

Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt
www.gvvgld.at

Redaktion: GVV Burgenland

Druck: Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt
GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt
P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

Zulassungsnummer: 02Z034036 M